

Marburger Bund Bundesverband
Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

BVÖGD
Bundesverband der Ärztinnen
und Ärzte des Öffentlichen
Gesundheitsdienstes e.V.
Joachimsthaler Straße 10
10719 Berlin

Finanzministerkonferenz der Länder (FMK)
c/o Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen
Herrn Minister Lutz Lienenkämper
Jägerhofstr. 6
40479 Düsseldorf

Gesundheitsministerkonferenz der Länder (GMK)
c/o Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
Herrn Staatsminister Klaus Holetschek
Haidenauplatz 1
81667 München

Berlin, 12. Juli 2021

OFFENER BRIEF

Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst – Tarifvertrag für Fachärztinnen und Fachärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst

Sehr geehrte Ministerinnen und Minister, sehr geehrte Senatorinnen und Senatoren,

für den im September 2020 beschlossenen Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst beginnt aktuell die Phase seiner konkreten Umsetzung. Insgesamt vier Milliarden Euro hat der Bund im Rahmen dieses Konjunkturpakets bis Ende 2026 für die strukturelle Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Aussicht gestellt. Ein Schwerpunkt der Agenda liegt auf einer verbesserten Personalgewinnung für die Gesundheitsämter. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es zwingend einer besseren Bezahlung der im ÖGD beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Dafür sollen dort, so heißt es im ÖGD-Pakt, „Anreize für eine Tätigkeit“ unter anderem über „tarifrechtliche Regelungen“ geschaffen werden. Dieses Thema betrifft im Besonderen die rund 2.500 Personen umfassende Gruppe der Fachärztinnen und Fachärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst. Derzeit verdienen sie monatlich rund 1.500 Euro weniger als beispielsweise Klinikärztinnen und -ärzte. Einen spezifischen Tarifvertrag wie für die Kolleginnen und Kollegen im stationären Gesundheitssektor gibt es für sie nicht. Für die kommunalen Arbeitgeber sind im Öffentlichen Gesundheitsdienst tätige Ärztinnen und Ärzte bislang lediglich Teil des Verwaltungskörpers, obwohl sie ein breites Spektrum an dezidiert ärztlichen Aufgaben auch in der Gefahrenabwehr und Prävention zu erfüllen haben.

Fachärztinnen und Fachärzte für den Öffentlichen Gesundheitsdienst werden schon jetzt dringend gebraucht, wie nicht erst seit ihrem kontinuierlich hohen Engagement in puncto Pandemiebekämpfung bekannt ist. Bundesweit sind ihre Stellen in einigen Gesundheitsämtern gänzlich unbesetzt. Darüber hinaus muss mit Blick auf die Altersstruktur berücksichtigt werden, dass ein erheblicher Teil der aktuell in den Gesundheitsämtern beschäftigten Ärztinnen und Ärzte in den kommenden fünf bis zehn Jahren in den Ruhestand gehen wird.

Insofern wird die dringend benötigte Nachwuchsgewinnung nur dadurch zu erreichen sein, dass man durch einen arztpezifischen Tarifvertrag Ärztinnen und Ärzte im ÖGD mit ihren Kolleginnen und Kollegen in den kommunalen Krankenhäusern und im Medizinischen Dienst der Krankenversicherung gleichstellt. Nur so wird es möglich sein, jungen Fachärztinnen und Fachärzten im ÖGD ähnliche Zukunftsperspektiven zu eröffnen, wie dies im Krankenhaus oder beim Medizinischen Dienst selbstverständlich ist. Es wäre fatal, wenn zwar neue Stellen geschaffen und finanziert würden, diese jedoch mangels Attraktivität und schlechter Bezahlung nicht nachbesetzt werden könnten.

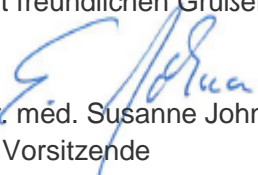
Bereits im Sommer 2020 konstatierte auch der Deutsche Städtetag in einer entsprechenden Pressemitteilung, dass in Deutschland „mehr Ärztinnen und Ärzte“ gebraucht werden. *„Dazu müssen die Länder rasch mehr Kapazitäten für die Mediziner Ausbildung schaffen. Und die Ausbildung muss stärker die Besonderheiten des öffentlichen Gesundheitsdienstes berücksichtigen“*, heißt es in der Mitteilung des Hauptgeschäftsführers des Städtetags Helmut Dedy.

Die vorgeschlagene Lösung - mehr Medizinstudienplätze und stärkere Gewichtung der öffentlichen Gesundheit und der Bevölkerungsmedizin im Rahmen des Studiums - hilft aber auf kurze Sicht nicht. Dabei werden die langen Ausbildungszeiten ausgeblendet. Im Übrigen hängt die Entscheidung von der Facharzt-Weiterbildung nach dem Medizinstudium auch davon ab, welche Perspektive zu erwarten ist: Die Aussicht auf 1.500 Euro weniger Facharzt-Gehalt als im Krankenhaus oder Medizinischen Dienst wirkt geradezu abschreckend auf den ärztlichen Nachwuchs.

Der Pakt für den ÖGD hat dem Thema verbesserte personelle Ausstattung der Gesundheitsämter hohe Priorität verliehen. Jetzt müssen Taten folgen. Und dabei ist ein eigener Tarifvertrag für die dort tätigen Fachärztinnen und Fachärzte für eine zukunftsfähige und nachhaltige bevölkerungsmedizinische Versorgung unabdingbar und der wichtigste Faktor zur Steigerung der Attraktivität des ÖGD.

Uns ist bewusst, dass Sie nicht für den Abschluss von Tarifverträgen zuständig sind. Die politische Unterstützung für einen arztpezifischen Tarifvertrag im ÖGD kann jedoch dabei helfen, die derzeitige Blockade aufzubrechen, für die allein die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) verantwortlich ist. Solange sich die VKA grundlos gegen einen arztpezifischen Tarifvertrag für die Fachärztinnen und Fachärzte im ÖGD stellt, drohen die mit dem Pakt für den ÖGD verbundenen Investitionen an vielen Stellen ins Leere zu laufen. Ohne die Verbindlichkeit von konkurrenzfähigen Tarifverträgen werden Arztstellen im ÖGD auf Dauer nicht nachbesetzt werden können und zukünftige Krisen dadurch noch schwerer zu bewältigen sein.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. med. Susanne Johna
1. Vorsitzende
Marburger Bund Bundesverband


Dr. med. Ute Teichert
Vorsitzende
Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte
des ÖGD

Wir unterstützen das Anliegen, durch einen arzt spezifischen Tarifvertrag für Fachärztinnen und Fachärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst die Attraktivität des ÖGD zu erhöhen und dem Nachwuchsmangel wirksam zu begegnen:

Dr. Janosch Dahmen MdB
Abgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag

Rudolf Henke MdB
Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Prof. Dr. Karl Lauterbach MdB
Abgeordneter der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Harald Weinberg MdB
Abgeordneter der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag